

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

Ausschuss für Gleichstellung und Gender
Mainstreaming, Bürgerbeteiligung
VIII. Wahlperiode



Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin
Fröbelstraße 17, 10405 Berlin
Telefon 90295 - 5002 / 5003
Fax 90295 - 6515
E-Mail bvv-buero@ba-pankow.berlin.de
Internet <http://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/bezirksverordntenversammlung/>

Berlin, den 17.07.2020

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur Öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung und Gender Mainstreaming, Bürgerbeteiligung ein.

am Mittwoch, 12.08.2020

um 17:15 Uhr

**im Haus 6, Raum 227, Bezirksamt Pankow von Berlin, 10405
Berlin, Fröbelstraße 17**

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung des Protokolls vom 27.05.2020
- 3 Bericht aus dem Bezirksamt
- 4 Aktuelles und Berichte aus Gremien
- 5 2. Verständigung zur VzK: VIII-0562 Bürger*innenbudget und Ausschussempfehlung zum weiteren Verfahren
- 6 Behandlung von Drucksachen:
 - 6.1 Kampagne „Luisa ist hier!“ anschließen - Drucksache: VIII-1085 (Änderungsvorschlag – siehe Anlage)
 - 6.2 Illegale Müllentsorgung verhindern - Drucksache: VIII-1069
 - 6.3 Pilotprojekt: Mobilitätsmessung in Echtzeit mittels LoRaWAN - Drucksache: VIII-1179, Teilnahme: Herr Dr. Enge
- 7 Erarbeitung des Frauengesundheitsberichtes, Teilnahme: Herr Dr. Kühne, Frau Gottschalk
- 8 Sonstiges

Mit freundlichen Grüßen

gez. Tina Pfaff
Ausschussvorsitzende



**Drucksache
Bezirksverordneten-
versammlung**

**Pankow von
Berlin**

VIII-1085

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:
Antrag, Fraktion der SPD
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

04.03.2020 BVV

BVV/030/VIII

Betreff: Kampagne "Luisa ist hier!" anschließen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich der Münsteraner Kampagne „Luisa ist hier!“ anzuschließen und zur Umsetzung entsprechend Frauenberatungsstellen zu involvieren.

Berlin, den 25.02.2020

Einreicher: Fraktion der SPD

BV Tannaz Falaknaz, BV Roland Schröder

Siehe 2. Ausfertigung

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
_____ mehrheitlich
_____ Ja-Stimmen
_____ Gegenstimmen
_____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss
_____ für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die Kampagne der Beratungsstelle Frauen-Notruf Münster hat in vielen deutschen Städten Nachahmer*innen gefunden. Über 63 Städte beteiligen sich inzwischen bundesweit an der Aktion und dem Hilfsangebot für Frauen, in der Partylandschaft, geschultes Personal auf sexualisierte Gewalt/ sexuelle Belästigung aufmerksam zu machen. Sofern eine bezirkliche Frauenberatungsstelle involviert ist, kann die Kampagne im Bezirk übernommen werden, welche eine Schulung der Gastronomie auf dem Fachwissen zu geschlechtsspezifischer Gewalt zum Ziel hat. Neben dem präventiven Ansatz gewährleistet die Teilnahme durch die Einrichtungen auch die Nachbetreuung der Betroffenen.

Neben der Plakatierung u.a. in Bars und Clubs, die auf die Kampagne aufmerksam machen soll, kann der Bezirk jährlich im Rahmen des Internationalen Aktionstages „Nein zu Gewalt an Frauen“ durch die Bereitstellung von Informationsmaterialien auf die Kampagne aufmerksam machen.

Für die Übernahme der Kampagne wird eine einmalige Gebühr von 100 Euro erhoben.

2. Ausfertigung

**Drucksache
Bezirksverordneten-
versammlung**

**Pankow von
Berlin**

VIII-1085

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Beratungsfolge:

04.03.2020 BVV

BVV/030/VIII

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gruppe der FDP

Betreff: Kampagne "Luisa ist hier!" anschließen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich der Münsteraner Kampagne „Luisa ist hier!“ anzuschließen und zur Umsetzung entsprechend Frauenberatungsstellen zu involvieren.

Berlin, den 05.03.2020

Einreicher: Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gruppe der FDP

Fraktion der SPD: BV Tannaz Falaknaz, BV Roland Schröder

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: BV Dr. Cordelia Koch, BV Dr.

Oliver Jütting

Gruppe der FDP: BV Dr. Thomas Enge

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
43	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für Gleichstellung und Gender Mainstreaming, Bürgerbeteiligung federführend

_____ mitberatend in den Ausschuss
für
_____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Die Kampagne der Beratungsstelle Frauen-Notruf Münster hat in vielen deutschen Städten Nachahmer*innen gefunden. Über 63 Städte beteiligen sich inzwischen bundesweit an der Aktion und dem Hilfsangebot für Frauen, in der Partylandschaft, geschultes Personal auf sexualisierte Gewalt/ sexuelle Belästigung aufmerksam zu machen. Sofern eine bezirkliche Frauenberatungsstelle involviert ist, kann die Kampagne im Bezirk übernommen werden, welche eine Schulung der Gastronomie auf dem Fachwissen zu geschlechtsspezifischer Gewalt zum Ziel hat. Neben dem präventiven Ansatz gewährleistet die Teilnahme durch die Einrichtungen auch die Nachbetreuung der Betroffenen.

Neben der Plakatierung u.a. in Bars und Clubs, die auf die Kampagne aufmerksam machen soll, kann der Bezirk jährlich im Rahmen des Internationalen Aktionstages „Nein zu Gewalt an Frauen“ durch die Bereitstellung von Informationsmaterialien auf die Kampagne aufmerksam machen.

Für die Übernahme der Kampagne wird eine einmalige Gebühr von 100 Euro erhoben.



**Drucksache
Bezirksverordneten-
versammlung**

**Pankow von
Berlin**

VIII-1069

Antrag

BV Johannes Kraft (Fraktion der
CDU) für Bürger_innen

Ursprung:

Antrag, BV Johannes Kraft (Fraktion der CDU) für
Bürger_innen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

22.01.2020 BVV

BVV/029/VIII

Betreff: Illegale Müllentsorgung verhindern

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt soll weitere Hinweisschilder an bekannten Brennpunkten für
in der Natur und am Straßenrand entsorgten (Sonder-)müll aufstellen.

Auf den Schildern soll die Höhe des möglichen Bußgeldes (Strafe 25.000 €)
deutlich abzulesen sein. Die geeignetsten Standorte sollen mit örtlichen
Bürgervereinen abgestimmt und durch das Ordnungsamt festgelegt werden.

Berlin, den 15.01.2020

Einreicher: BV Johannes Kraft (Fraktion der CDU) für Bürger_innen
für den Siedlungsverein in Französisch Buchholz – GA
Schönerlinder Straße e.V.

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

x	einstimmig
	mehrheitlich
42	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
1	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss
_____ für
_____ sowie in den Ausschuss für

Verkehr und Öffentliche Ordnung
Gleichstellung und Gender Mainstreaming, Bürgerbeteiligung

federführend

Begründung:

Pankow hat nach wie vor zahlreiche Müllecken, wo quasi wöchentlich oder täglich illegal Müll und meist auch gefährliche Stoffe rechtswidrig entsorgt werden.

In anderen Gemeinden, aber auch in Pankow, wurden mit solchen Schildern gute Erfolge erzielt. Besonders dann, wenn die Höhe des Strafmaßes darauf bekannt gemacht wurde. Diese Schilder sollen auch den Blick der Bevölkerung schärfen und klar machen, dass es sich hier nicht um Kavaliersdelikte handelt. Die Bußgelder wurden gerade verschärft. Die illegale Müllentsorgung hat stark zugenommen. Das liegt vermutlich an in den letzten Jahren deutlich gestiegenen Entsorgungskosten. Oft ist es Gewerbemüll, welcher aus Profitgründen auf ein Feld, an den Straßenrand oder in den Wald gekippt wird. Pankow sollte und muss dagegen etwas tun. Mit dem Aufstellen von Schildern können potentielle Täter abgeschreckt werden. Die Kosten der Schilder sollten sich schnell bezahlt machen, da die Entsorgung von Bauschutt und anderem Müll durch die BSR aus der Natur enorm aufwändig und teuer ist.

Stellungnahme Ausschuss für Gleichstellung und Gender Mainstreaming,
Bürgerbeteiligung

Drucksache : VIII – 1069, Illegale Müllentsorgung verhindern

Der Ausschuss für Gleichstellung, Gender Mainstreaming, Bürgerbeteiligung hat in seiner Sitzung am 27.05.2020 einstimmig festgestellt, dass eine Zuständigkeit für die Drucksache VIII- 1069, „Illegale Müllentsorgung verhindern“ nicht erkennbar und gegeben ist.



**Drucksache
Bezirksverordneten-
versammlung**

**Pankow von
Berlin**

VIII-1179

Antrag

Gruppe der FDP

Ursprung:
Antrag, Gruppe der FDP
Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:
17.06.2020 BVV

BVV/033/VIII

**Betreff: Pilotprojekt: Mobilitätsmessung in Echtzeit mittels
LoRaWAN**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, im Rahmen eines Pilotprojekts gemeinsam mit dem CityLab Berlin die Erfassung und Offenlegung von Mobilitätsdaten in Echtzeit mittels LoRaWAN zu erproben. Dazu soll vorab ein geeignetes Quartier identifiziert sowie die Beteiligung der Anwohner durch Aufstellen eigener Sensoren geprüft und ggf. umgesetzt werden. Mit der direkten Offenlegung der Daten auf der open data Plattform Berlin können alle und insbesondere fachkundigen Bürgerinnen und Bürger die stets aktuellen Messungen weiter auswerten. Somit ist das Ziel des Projekts, eine relevante und transparente Datengrundlage für erste dynamische Verkehrslenkungslösungen zu liefern.

Berlin, den 10.06.2020

Einreicher: Gruppe der FDP
BV Dr. Thomas Enge

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____	einstimmig
x	mehrheitlich
34	Ja-Stimmen
1	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
_____ mitberatend in den Ausschuss
_____ für
_____ sowie in den Ausschuss für

Verkehr und öffentliche Ordnung
Gleichstellung und Gender Mainstreaming, Bürgerbeteiligung

federführend

Begründung:

Sowohl beim Smart-City Workshop am 25.11.19 als auch beim vergangenen open data day Berlin wurde die Bedeutung von Echtzeitdaten für praxisrelevante Anwendungen betont. Für eine situative Verkehrslenkung z.B. zur Vermeidung von Stau-, Such- und Schleichverkehren unmittelbar vor Ort sind kleinteilige Daten aus einzelnen Quartiersstraßen in Echtzeit unerlässlich. Hier wäre die Beteiligung der Bürger für eine kontinuierliche Messung eine große Hilfe. Vermutlich werden Anwohner bereit sein, eigene Sensordaten in ihrer Straße zu erfassen, um danach konkrete Statistiken zum Verkehrsaufkommen vor Ihrer Haustür zu erhalten. Wir sehen daher eine gute Chance für das Gelingen dieses Bürgerbeteiligungskonzeptes.

Glossar: LoRaWAN (Long Range Wide Area Network): Funktechnik zur Übertragung geringer Daten (einzelner Messwerte) über große Distanzen